

Solidarität für Marion Schmidt

Ungerechtfertigte Kündigung gegen Marion Schmidt durch die Stiftung Bayrischer Gedenkstätten sofort zurücknehmen!

Online-Petition von [Pascal Schmidt](#)

[26. April 2022](#)

Hiermit spreche ich mich für die sofortige Rücknahme der Kündigung gegen Marion Schmidt, Referentin der Gedenkstätte Dachau, aus. Meinungsfreiheit und das Recht auf politische Betätigung sind durch das Grundgesetz gedeckt, auch durch das Arbeitsrecht. Marion Schmidt hat sich als bekannte Antifaschistin für Demokratie und für die Wahrung der Grundrechte ausgesprochen. Ihr Engagement entspricht dem Kerngedanken einer jeden KZ-Gedenkstätte „Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg! Wehret den Anfängen!“ Nie war diese Mahnung so aktuell wie heute angesichts eines drohenden III. Weltkrieges.

Ein Berufsverbot für eine demokratisch engagierte, mutige, streitbare Beschäftigte, die vor einer gesellschaftlichen Rechtsentwicklung auf Grund der undemokratischen Corona-Maßnahmen-Politik durch die Bundesregierung warnt, darf es nicht geben.

[Hier geht es zur Online-Petition.](#) **Bitte helft mit viele Unterschriften zusammen zu bekommen!**

Oder ihr wollt gerne händisch Unterschriften sammeln und die Informationen zur Solidaritätsbekundung mit Marion Schmidt ausdrucken und/oder weiterleiten, dann ladet [hier das pdf](#) runter.

Hintergrundinformation zur Kündigung gegen Marion Schmidt durch die KZ-Gedenkstätte Dachau

Durch eine öffentliche Schmutzkampagne in Dachauer Nachrichten und Süddeutscher Zeitung wurde bekannt, dass die KZ-Gedenkstättenleitung gegen Marion Schmidt ein Arbeitsverbot, genannt „*Freistellung*“ ausgesprochen hat. Mittlerweile wurde eine Kündigung ohne Begründung ausgesprochen.

Hintergrund war das Auftreten unserer Kollegin, Mitstreiterin, Freundin. Sie hat bei einer Kundgebung gegen die Corona-Maßnahmen der Bundesregierung im Zusammenhang mit den gesamten Maßnahmen und Grundrechtseinschränkungen von einer „*Faschisierung*“ gesprochen. Das geht der Gedenkstätte und der Stiftung Bayerischer Gedenkstätten zu weit. Sie sehen gar die „*freiheitlich, demokratische Grundordnung*“ in Gefahr.

Das sieht die **Auschwitz-Überlebende Vera Sharav und Präsidentin der Allianz zum Schutz von Menschen in der Forschung /USA**, ganz anders. Sie wandte sich daher in einem besorgten Brief an die Leiterin der Gedenkstätte, in dem sie u.a. schrieb:

„Marion Schmidt ist eine mutige Frau, die sich mit der Geschichte des Holocausts beschäftigt hat.

Sie erkennt die ahnungsvollen Parallelen zwischen dem Nazi-Drehbuch der Unterdrückung, Diskriminierung und des Völkermords und den heutigen diskriminierenden Zwangsverordnungen, welche die Bürger- und Menschenrechte mit Füßen treten. Sie hat sich auf Demonstrationen gegen die Impfpflicht und den Impfpass zu Wort gemeldet, um auf die gefährliche Richtung aufmerksam zu machen, die Deutschland wieder einmal eingeschlagen hat. Für ihr mutiges moralisches Auftreten ist sie nun in ihrem Job bedroht. ...

*Verantwortliche von Holocaust-Gedenkstätten, die diejenigen verleugnen und zensieren, die relevante, historische und aktuelle Parallelen aufzeigen, leisten im Grunde genommen Beihilfe zum Verrat an den Opfern. Es war der sehnliche Wunsch der Opfer, **dass die Welt den Holocaust nicht vergisst und die Lehren daraus zieht – damit sich eine solche Katastrophe nie wiederholt.**“ (Zitat aus dem Brief von Vera Sharav an die Leiterin der KZ-Gedenkstätte Dachau vom 15.03.2022)*

Wir sind verwundert und sehr besorgt über das Vorgehen der Gedenkstätte und finden dies völlig unakzeptabel. Schon gar, dass ein Arbeitskonflikt einseitig über die Presse in die Öffentlichkeit getragen wird. Wir fordern die sofortige Weiterbeschäftigung von Marion Schmidt und die Rücknahme der Kündigung.

Stichwort: Solidarität mit Marion Schmidt

Weitere Informationen:

*[Brief der Holocaustüberlebenden Vera Sharav](#) an die Leitung der KZ-Gedenkstätte Dachau vom 15.03.2022

[Artikel im Münchner Merkur](#)/Dachauer Nachrichten vom 4.03.22

[Rede auf dem Königsplatz](#) vom 26.01.22

[Alschner Klartext](#) berichtete bereits am 28.03.2022 nach der ungerechtfertigten Freistellung von Marion Schmidt